

Urlaub

Bezug zu den Seiten 10 – 11 des Schulbuches

- 1 Im folgenden Text sind 6 inhaltliche Fehler enthalten. Markieren Sie die falschen Passagen und schreiben Sie die richtige Formulierung unten auf die Linien.

Urlaub bedeutet eine Freistellung von der Arbeit zur Erholung unter Fortzahlung des Entgeltes (=Urlabsentgelt). Nimmt man im Urlaub einen bezahlten Job an, muss man selber wissen, ob man keine Erholung nötig hat. Der gesetzliche Mindesturlaub für volljährige Vollzeitarbeitnehmer beträgt 24 Werkstage, d.h. 16 Arbeitstage. Für Jugendliche staffelt sich der Mindesturlaub je nach Altersstufe. Teilzeitarbeitnehmer und Aushilfen haben keinen Anspruch auf Urlaub. Bei der Gewährung des Urlaubs sind die Wünsche des Mitarbeiters zu berücksichtigen, sofern nicht dringende betriebliche Belange oder Urlaubswünsche anderer Mitarbeiter entgegenstehen. Mindestens einmal im Jahr muss jedoch eine zusammenhängende Urlaubszeit von mindestens drei Wochen gewährleistet sein. Nicht genommener Urlaub verfällt am 31.12. Konnte der Urlaub jedoch aus Krankheitsgründen oder aus dringenden betrieblichen Gründen nicht genommen werden, besteht der Anspruch bis zum 31.12. des Folgejahres weiter. Erkrankt der Mitarbeiter im Urlaub, muss er dies seinem Arbeitgeber melden (Attest). Diese Krankheitstage dürfen dann nicht auf die Urlaubszeit angerechnet werden. Ein voller Urlaubsanspruch besteht erst nach 6 Monaten Betriebszugehörigkeit. Grundsätzlich erwirbt der Arbeitnehmer für jeden gearbeiteten Monat 1/12 seines Urlaubsanspruches, der ihm beim Ausscheiden aus dem Betrieb in der Zeit genehmigt werden muss, in der er noch beschäftigt ist. Nur wenn dies nicht möglich ist, weil der Arbeitsvertrag schon vorher endet, kann der Urlaubsanspruch ausgezahlt werden. Hat er bereits mehr Urlaub erhalten, kann der Arbeitgeber das zuviel gezahlte Urlaubsentgelt zurückfordern.

Korrektur:

1. darf dieser die Erholung nicht gefährden, damit der Urlaubszweck nicht be- oder verhindert wird.
2. d. h. 20 Arbeitstage
3. anteiligen Anspruch auf Urlaub
4. zwei Wochen
5. 31.3. des Folgejahres
6. das zuviel gezahlte Urlaubsentgelt nicht zurückfordern.

- 2 Erklären Sie stichpunktartig die Begriffe Urlaubsentgelt und Urlaubsgeld.

Urlaubsentgelt

bezeichnet das nach dem § 11 des Bundesurlaubsgesetzes (BUrlG) während des Urlaubs anstelle des Arbeitsentgelts zu bezahlende Entgelt.

Urlaubsgeld

ist ein zusätzliches Entgelt des Arbeitgebers an seinen Arbeitnehmer; mit dem wird meist Gehalt gezahlt.

- 3 Während Arbeitnehmer mit einem monatlichen Festgehalt einfach ihre üblichen Bezüge weiter gezahlt bekommen, muss das Urlaubsentgelt von Arbeitnehmern mit schwankenden Bezügen errechnet werden. Wie lautet die Formel für das Urlaubsentgelt?

$$\text{Urlaubsentgelt} = \frac{\text{anrechenbarer Gesamtverdienst (13 Wochen)} \cdot \text{Urlaubstage}}{\text{Arbeitstage (13 Wochen)}}$$

Berechnen Sie das Urlaubsentgelt für folgende Beispiele:

- a) Urlaub ab dem 01.06.; 15 Arbeitstage;
betriebliche Arbeitszeit: 5-Tage-Woche
letzte Verdienste:

Monat	April	Mai	Juni
Grundlohn	2200,-	2200,-	2200,-
Schichtzuschlag	300,-	200,-	270,-
Schmutzzulage	40,-	35,-	40,-
Überstunden	450,-	0,-	300,-
Mitarbeitergratifikation	0,-	180,-	0,-
anrechenbare Summe	$(2200+300+40)$ $= 2540,-$	$(2200+200+35)$ $= 2435,-$	$(2200+270+40)$ $= 2510,-$
		anrechenbare Gesamtsumme	$2540+2435+2510)$ $= 7485,-$

$$\text{Urlaubsentgelt} = \frac{7485,- \text{ Euro} \cdot 15 \text{ Tage}}{(13 \cdot 5 =) 65 \text{ Tage}}$$

- b) Urlaub ab dem 01.11.; 6 Arbeitstage;
betriebliche Arbeitszeit: 2-Tage-Woche (Teilzeit)
letzte Verdienste:

Monat	August	September	Oktober
Grundlohn	640,-	800,-	640,-
Überstunden	10,-	0,-	30,-
anrechenbare Summe	640,-	800,-	640,-
		anrechenbare Gesamtsumme	$(640+800+640)$ $= 2080,-$

$$\text{Urlaubsentgelt} = \frac{2080,- \text{ Euro} \cdot 6 \text{ Tage}}{(13 \cdot 2 =) 26 \text{ Tage}}$$

b) Erläutern Sie die Bedeutung des Lösungswortes in Bezug auf Tarifverhandlungen.

Kompromiss = Einigung zwischen einer Gewerkschaft und Arbeitgebern auf eine von beiden Seiten annehmbare Lösung in einem Tarifkonflikt.

Betriebsrat und Jugend- und Auszubildendenvertretung

Bezug zu den Seiten 30 – 33 des Schulbuches

1

Kreisen Sie die Lösungsbegriffe der unten aufgeführten Fragen im Suchwortsrätsel ein. Die Begriffe können vorwärts oder rückwärts in vertikaler, horizontaler oder auch diagonaler Richtung angeordnet sein.



- Abkürzung für Betriebsverfassungsgesetz: **BetrVG**
- Leitende Angestellte sind weder wählbar noch wahlberechtigt, können jedoch einen **Sprecherausschuss** wählen.
- Der Betriebsrat wird alle **vier** Jahre, die Jugend- und Auszubildendenvertretung alle **zwei** Jahre gewählt.
- Um einen Betriebsrat bilden zu können, müssen mindestens **fünf** Mitarbeiter beschäftigt sein, von denen drei **wählbar** sein müssen.
- Der Betriebsrat hat ein Mitbestimmungsrecht in **personellen**, **sozialen** und **wirtschaftlichen** Angelegenheiten.
- Der Betriebsrat muss **viertel**-jährlich eine Betriebsversammlung einberufen.
- Eine Versammlung, zu der alle Mitarbeiter geladen sind, heißt **Vollversammlung**.
- Abkürzung für Jugend- und Auszubildendenvertretung: **JAV**

6 Füllen Sie folgende Übersicht aus:

			Zeichenart: Verbotszeichen
Bedeutung: Rauchverbot	Bedeutung: Feuer, offenes Licht, Rauchen verboten	Bedeutung: Verbot, mit Wasser zu löschen	Farben: Rot auf weißem Grund, schwarzer Kontrast

				Zeichenart: Warnzeichen
Bedeutung: giftige Stoffe	Bedeutung: explosionsge- fährliche Stoffe	Bedeutung: ätzende Stoffe	Bedeutung: feuergefährliche Stoffe	Farben: Schwarz auf gelbem Grund, schwarzer Rand

				Zeichenart: Gebotszeichen
Bedeutung: Atemschutz tragen	Bedeutung: Augenschutz tragen	Bedeutung: Schutzhand- schuhe tragen	Bedeutung: Schutzschuhe tragen	Farben: Weiß auf blauem Grund

			Zeichenart: Rettungszeichen
Bedeutung: Notausgang links	Bedeutung: Richtungsangabe für Rettungswege, Not- ausgänge, Erste-Hilfe- Einrichtungen	Bedeutung: Hinweis auf „Erste Hilfe“	Farben: Weiß auf grünem Grund

Zahlungsverkehr – Kredite – Sparen

Bezug zu den Seiten 64 – 73 des Schulbuches

- 1 An der Tür eines Geschäfts für Elektrogeräte sehen Sie folgende Schilder. Erklären Sie die Bedeutung:

					
Bargeldlose	Bargeldlose	Bargeldlose	Bargeldlose	Bargeldlose	Bargeldlose
Zahlung mit	Zahlung mit	Zahlung mit	Zahlung mit	Zahlung mit	Zahlung.
ec-Karte einer	ec-Karte einer	Geldkarte	ec-Karte und	Kreditkarte	Vorab
deutschen	deutschen	innerhalb	Unterschrift	der jeweiligen	aufladen am
Bank und	Bank und	Deutschlands.	innerhalb	Kreditkarten-	ec-Automaten
Unterschrift,	PIN-Nummer	Vorab	Europas	gesellschaft	bis max.
ggf. Vorlage	innerhalb	aufladen am		und	200 Euro
des Personal-	Deutschlands	ec-Automaten		Unterschrift	
ausweises		bis max.		weltweit	
innerhalb		200 Euro			
Deutschlands					

- 2 Familie Müller möchte zur Finanzierung ihres Neuwagens einen Kredit aufnehmen. Herr Müller verfügt über ein Nettoeinkommen von 2082 Euro, Frau Müller verdient als Aushilfskraft ca. 280 Euro netto. Zudem erhalten sie 368 Euro Kindergeld. Ein Blick ins Haushaltsbuch des Vorjahres ergibt folgende durchschnittliche Ausgaben pro Monat:

Lebensmittel	Auto/Bus/Bahn	Miete	Möbel/Hausrat	Kleidung	Bücher/Unterhaltung	Versicherung/Reisen	Körperpflege	Strom/Gas/Heizung	bestehende Ratenverträge	Sonstige
463	347	502	102	164	206	75	61	114	82	245

- a) Welcher Betrag steht der Familie durchschnittlich im Monat noch zur freien Verfügung?

$$(2082 + 280 + 368) - (463 + 347 + 502 + 102 + 164 + 206 + 75 + 61 + 114 + 82 + 245) = 2730 - 2361 = 369 \text{ Euro}$$

- b) Warum sollte nicht das gesamte frei verfügbare Monatseinkommen für die Abzahlung eines neuen Kredits einge

Unvorhersehbare Ereignisse, wie Reparaturen, Verlust der Aushilfstätigkeit, familiäre Notfälle usw., könnten auftreten und machen eine Reserve notwendig.

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

- 1** Verfassungsgrundsätze:
Hier sind einige Artikel aus unserem Grundgesetz. Bei jedem fehlt ein wichtiger Begriff. Setzen Sie diese Begriffe ein. Die nummerierten Buchstaben der richtig eingesetzten Begriffe ergeben dann das Lösungswort.

Bezug zu den Seiten 182 – 187 des Schulbuches

Artikel 1 GG	Die W ¹ ü ² r ³ d ⁴ e des Menschen ist unantastbar. [...]
Artikel 2 GG	Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner P ⁵ e ⁶ r ⁷ s ⁸ ö ⁹ n ¹⁰ l ¹¹ i ¹² c ¹³ h ¹⁴ k ¹⁵ e ¹⁶ i ¹⁷ t [...]
Artikel 3 GG	Alle Menschen sind vor dem Gesetz g ¹⁸ l ¹⁹ e ²⁰ i ²¹ c ²² h ²³ . [...]
Artikel 4 GG	Die F ²⁴ r ²⁵ e ²⁶ i ²⁷ h ²⁸ e ²⁹ i ³⁰ t des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. [...]
Artikel 5 GG	Jeder hat das Recht, seine M ³¹ e ³² i ³³ n ³⁴ u ³⁵ n ³⁶ g in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. [...]
Artikel 6 GG	Ehe und Familie stehen unter dem besonderen S ³⁷ c ³⁸ h ³⁹ u ⁴⁰ t ⁴¹ z der staatlichen Ordnung. [...]
Artikel 8 GG	Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu v ⁴² e ⁴³ r ⁴⁴ s ⁴⁵ a ⁴⁶ m ⁴⁷ m ⁴⁸ e ⁴⁹ l ⁵⁰ n . [...]
Artikel 9 GG	Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu b ⁵¹ i ⁵² l ⁵³ d ⁵⁴ e ⁵⁵ n . [...]
Artikel 11 GG	Alle Deutschen genießen F ⁵⁶ r ⁵⁷ e ⁵⁸ i ⁵⁹ z ⁶⁰ ü ⁶¹ g ⁶² i ⁶³ g ⁶⁴ k ⁶⁵ e ⁶⁶ i ⁶⁷ t im ganzen Bundesgebiet. [...]
Artikel 13 GG	Die W ⁶⁸ o ⁶⁹ h ⁷⁰ n ⁷¹ u ⁷² n ⁷³ g ist unverletzlich. [...]
Artikel 16a GG	Politisch Verfolgte genießen A ⁷⁴ s ⁷⁵ y ⁷⁶ l ⁷⁷ r ⁷⁸ e ⁷⁹ c ⁸⁰ h ⁸¹ t . [...]

Buchstabennummer	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Lösungswort	G	R	U	N	D	R	E	C	H	T	E

- 2** Kreuzen Sie die richtigen Antworten an:

Die Bundesrepublik Deutschland ist

- ☐ eine präsidiale Demokratie
- ☐ ein rechtsfreier Staat
- ☒ eine parlamentarische Demokratie
- ☐ ein Kanzlerregime
- ☐ ein totalitäres Regime

Was ist kein Grundsatz unserer staatlichen Ordnung?

- ☐ Sozialstaat
- ☐ Rechtsstaat
- ☐ Bundesstaat
- ☒ Kanzlerprinzip
- ☐ Demokratie

Die Bundesrepublik Deutschland gliedert sich

- ☐ in Länderstaaten
- ☒ in Bundesländer
- ☐ in Bundesbereiche
- ☐ gar nicht
- ☐ in Länderbezirke

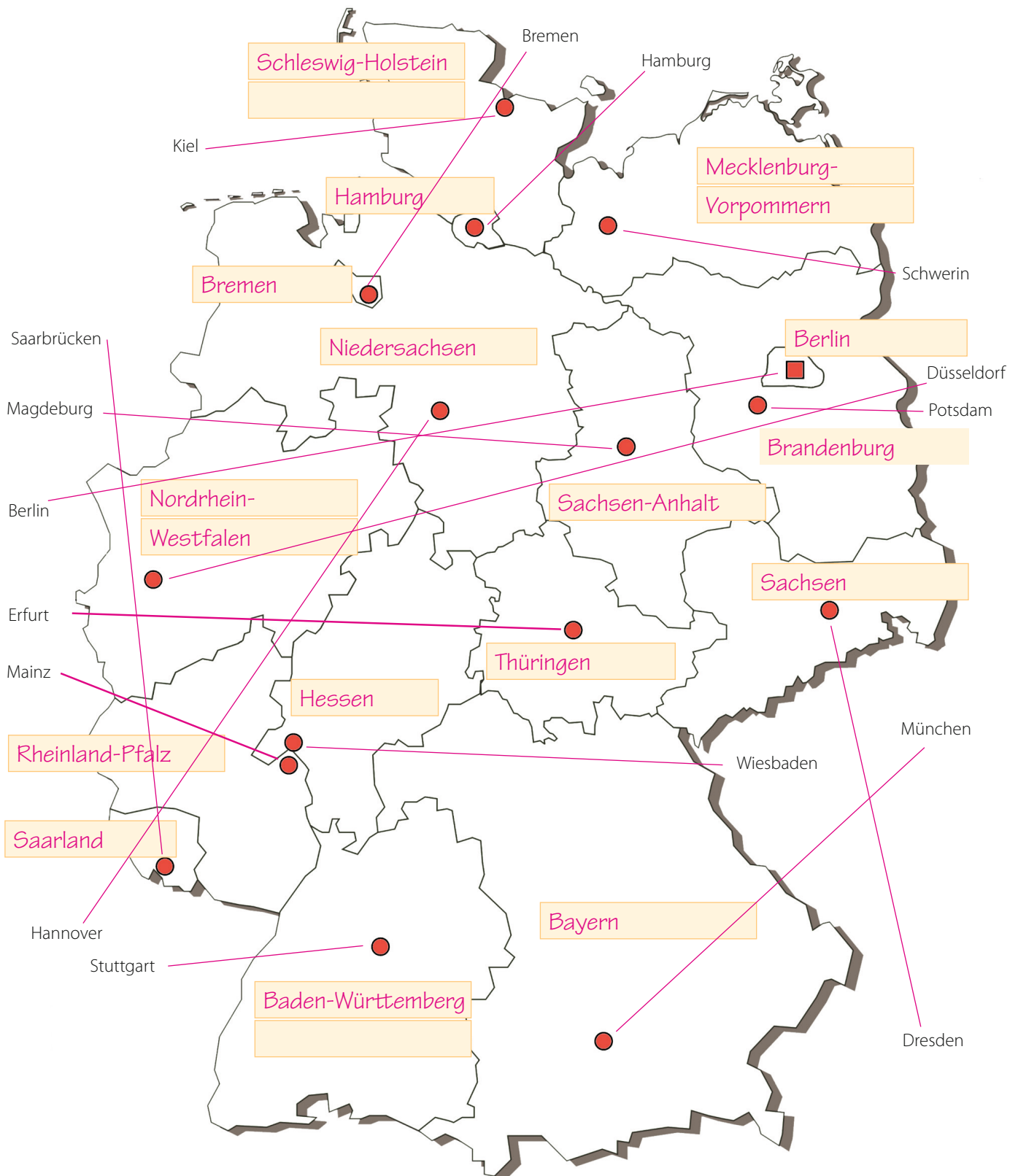
Wer besetzt das höchste Amt im Land?

- ☐ Verfassungsrichter
- ☐ Bundeskanzlerin
- ☒ Bundespräsident
- ☐ Senat
- ☐ Ministerpräsident

Unser Land – die Bundesrepublik Deutschland

- 1 a) Tragen Sie die Namen der Bundesländer an den entsprechenden Stellen in die Karte ein.
b) Welche Landeshauptstadt gehört zu welchem Bundesland? Ziehen Sie eine Linie von der jeweiligen Landeshauptstadt zu dem in der Karte markierten Punkt.

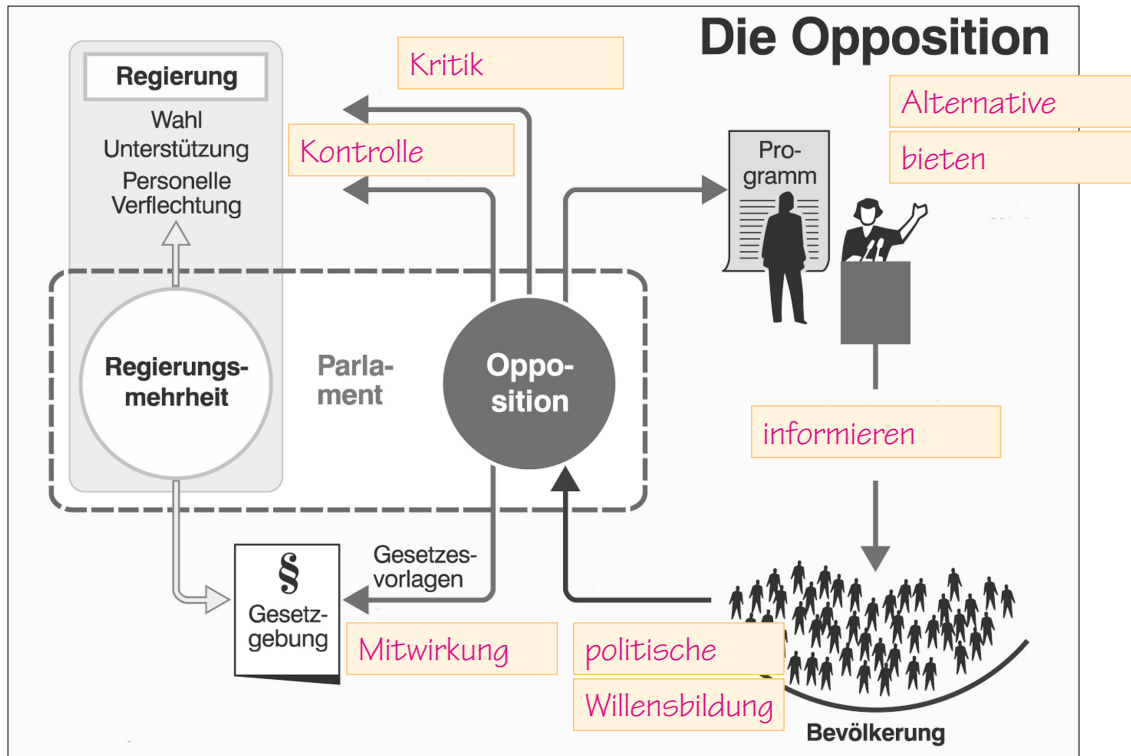
Bezug zu den Seiten 188 – 189 des Schulbuches



- 5 Füllen Sie in der unten stehenden Grafik die Leerstellen mit den folgenden Begriffen aus, sodass die Aufgaben der Opposition deutlich werden:

Zu ergänzende Begriffe:

Kritik – politische Willensbildung – Alternative bieten – Kontrolle – Mitwirkung – informieren



Wie ein Gesetz entsteht

Bezug zu den Seiten 186 – 197 des Schulbuches

- 1 Vervollständigen Sie den Lückentext zur Entstehung eines neuen Gesetzes mit den folgenden Begriffen:

Initiativrecht – Änderungsanträge – Bundespräsidenten – Vermittlungsausschuss – Zustimmungsgesetz – Bundesregierung – Meinungsverschiedenheiten – Länderhoheiten – Einspruchsgesetzen – drei – Zustimmung – Bundestag – prüfen – Bundesrat – informieren

Das Recht, einen Gesetzesentwurf im Bundestag einzubringen, heißt **Initiativrecht**. Dieses Recht haben **Bundesregierung, Bundestag** und der Bundesrat. Alle Gesetzesentwürfe werden im Bundestag beraten. Es gibt insgesamt **drei** Lesungen. Die Lesungen dienen u.a. dazu, Gesetzesvorlagen zu **prüfen**, **Änderungsanträge** einzubringen und die Öffentlichkeit zu **informieren**. Der weitere Gang der Gesetzgebung entscheidet sich danach, ob es sich um ein **Zustimmungsgesetz** oder ein Einspruchsgesetz handelt. Beim Zustimmungsgesetz werden **Länderhoheiten** berührt. Hier bedarf es der **Zustimmung** des Bundesrats, damit sie in Kraft treten können. Bei den **Einspruchsgesetzen** hat der Bundesrat nur die Möglichkeit, Einspruch einzulegen. Gibt es **Meinungsverschiedenheiten** über ein Gesetz zwischen Bundestag und Bundesrat, kann der **Vermittlungsausschuss** gerufen werden. Seine Aufgabe besteht dann darin, zwischen Bundestag und **Bundesrat** zu vermitteln. Sind alle Hürden der Gesetzgebung genommen, wird es vom **Bundespräsidenten** unterschrieben und im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Die EU-Erweiterung

Bezug zu den Seiten 268 – 269 des Schulbuches

- 1 Tragen Sie die Länderabkürzungen in den Freiraum vor den Ländernamen und in die Europakarte ein.

BE	Belgien	IT	Italien	PT	Portugal
BG	Bulgarien	HR	Kroatien	RO	Rumänien
DE	Bundesrepublik Deutschland	LV	Lettland	SE	Schweden
DK	Dänemark	LT	Litauen	SK	Slowakische Republik
EE	Estland	LU	Luxemburg	SI	Slowenien
FI	Finnland	MT	Malta	ES	Spanien
FR	Frankreich	NL	Niederlande	CZ	Tschechische Republik
EL	Griechenland	AT	Österreich	HU	Ungarn
IE	Irland	PL	Polen	CY	Zypern

